

## Weg von Bundesbern: Ochsentour retour

Immer mehr National- und Ständeräte kehren nach ihrer Zeit im eidgenössischen Parlament als Exekutivpolitiker in die Kantons- oder Gemeindepolitik zurück. Ein Grund dafür ist Professionalisierung.

Lukas Leuzinger 6.2.2018, 05:30 Uhr

Die klassische Karriere für Politiker in der Schweiz führt von der Gemeinde- über die Kantonspolitik ins eidgenössische Parlament. Die Lokalpolitik ist ein Sprungbrett für die nationale Politik. Doch auch das Umgekehrte ist möglich. Darauf setzt zumindest Evi Allemann. Die SP-Nationalrätin kandidiert am 25. März für einen Sitz im Berner Regierungsrat. Zu ihren Konkurrenten gehört Ratskollegin Christine Häslar, die den Sitz der Grünen verteidigen will.

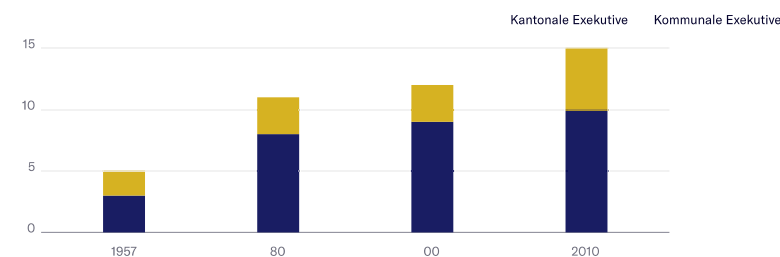
### Gestiegene Arbeitsbelastung

Wechsel vom nationalen Parlament in die Exekutive eines Kantons oder einer Stadt sind in jüngerer Vergangenheit häufiger geworden. Das zeigt eine Analyse der Universität Lausanne, welche die Karrieren von eidgenössischen Parlamentariern über die Zeit untersucht hat. Laut jener haben von den Politikern, die 2010 im National- und Ständerat sassen, zehn nach ihrer Karriere im Parlament ein Regierungsratsamt und fünf ein Mandat in einer kommunalen Regierung übernommen. Das sind dreimal so viel wie 1957.

Beispiele sind etwa Christophe Darbellay im Wallis oder Jacqueline Fehr im Kanton Zürich – oder Filippo Leutenegger in der Stadt Zürich. Er will es am 4. März seinem früheren Kollegen im Nationalrat, dem Berner Alec von Graffenried, gleichtun und zum Stadtpräsidenten gewählt werden.

### Immer mehr Rückkehrer unter den Parlamentariern

Parlamentarier, die nach ihrem Amt in Bundesbern in eine kantonale oder kommunale Exekutive wechseln



Quelle: Universität Lausanne

Es sei zwar kein neues Phänomen, dass Bundesparlamentarier Mandate in Regierungs- und Stadträten übernehmen, sagt André Mach, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Lausanne. Früher hätten sie solche Ämter aber eher vor oder während ihrer Karriere im National- oder Ständerat übernommen – und beide Rollen gleichzeitig gespielt. Das sei heute praktisch nicht mehr möglich. «Die Arbeitsbelastung sowohl der eidgenössischen Parlamentarier als auch der Regierungsräte ist heute so hoch, dass sich die beiden Rollen kaum unter einen Hut bringen lassen.» Hinzu kommt, dass einige Kantone Regelungen eingeführt haben, die es Regierungsräten verbieten, im National- oder Ständerat zu sitzen.

KOMMENTAR

**Freiwillige vor!**

Christina Neuhaus / 11.1.2018, 05:30



Die Studie der Lausanner Politikwissenschaftler zeigt denn auch, dass die einst verbreitete Kombination eines nationalen Parlamentsmandats mit einem anderen Amt, zum Beispiel als Kantonsrat, selten geworden ist. Was man zuweilen noch antrifft, sind Parlamentarier, die nebenbei in der Exekutive einer kleineren Gemeinde sitzen, häufig als Präsidenten. Solche Ämter bringen vergleichsweise wenig Zeitaufwand mit sich.

Während es also früher üblich war, als Regierungsrat im Parlament zu sitzen, werden die Ämter heute nacheinander ausgeübt. Der Politologe Mach weist ausserdem darauf hin, dass Politiker heute tendenziell jünger ins nationale Parlament gewählt werden als früher. Gleichzeitig bleiben sie deutlich weniger lang im Parlament, im Durchschnitt etwa neun Jahre. Somit sind sie, wenn sie ihre Karriere unter der Bundeshauskuppel beenden, meist immer noch relativ jung und bereit für eine neue Herausforderung, etwa als Regierungs- oder Stadtrat.

Allerdings geht der Plan, vom eidgenössischen Parlament den Sprung in ein Regierungsamt zu schaffen, nicht immer auf. Der Berner FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen scheiterte mit seinen Regierungsratsambitionen an der eigenen Partei, deren Delegierte dem Grossrat Philippe Müller den Vorzug gaben. Auch andere bekannte Gesichter unterlagen in der parteiinternen Ausmarchung, so etwa der Sozialdemokrat Carlo Sommaruga, der gerne Regierungsrat in Genf geworden wäre, oder Doris Fiala (fdp.) und Bastien Girod (gp.) im Rennen um einen Sitz im Zürcher Stadtrat. «National- oder Ständeräte haben den Vorteil, dass sie durch ihr Mandat eine gewisse Bekanntheit erlangen», erklärt Mach. «Andererseits besteht das Risiko, dass man als nationaler Parlamentarier die Kontakte in die kantonale und kommunale Politik vernachlässigt.»

**Quereinsteiger bleiben die Ausnahme**

Die «Ochsentour» von der Gemeinde- über die kantonale in die nationale Politik ist nach wie vor der Königsweg, um in der Schweizer Politik Karriere zu machen. Bekannte Fälle von Quereinsteigern wie Magdalena Martullo-Blocher oder Roger Köppel könnten den Eindruck vermitteln, dass Politiker die tieferen Ebenen vermehrt überspringen und direkt auf Bundesebene einsteigen. Diesen Eindruck bestätigt die Untersuchung allerdings nicht. Im Gegenteil: Der Anteil von National- und Ständeräten, die zuvor kein politisches Amt in der Gemeinde oder im Kanton ausgeübt haben, ist in den vergangenen Jahrzehnten gesunken und liegt heute bei acht Prozent. Die anderen 92 Prozent haben mindestens ein Amt auf einer tieferen Ebene ausgeübt, die Hälfte von ihnen sogar zwei oder mehr.

KOMMENTAR

**Die Politik braucht mehr Eliten**

Die Eliten der Wirtschaft und der Wissenschaft kehren der Politik den Rücken. Ohne sie wird das Milizsystem ausgedünnt. Die Schmäherung der «Classe politique» ist dabei in höchstem Masse schädlich.

Helmut Stalder / 11.9.2017, 20:58

**Wie die Zürcher Stadträte wohnen**

Kein Thema erregt in Zürich derart die Gemüter wie der Wohnungsmarkt. Der Stadtrat mischt dabei eifrig mit. Doch wie leben eigentlich die Exekutivmitglieder? Zwischen den Bisherigen und den neu Kandidierenden gibt es einen Graben.

Fabian Baumgartner / 5.2.2018, 05:30



### Newsletter NZZ am Abend

Erfahren Sie, was heute wichtig war, noch wichtig ist oder wird! Der kompakte Überblick am Abend, dazu Lese-Empfehlungen aus der Redaktion. [Hier können Sie sich mit einem Klick kostenlos anmelden.](#)

---

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.